Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 175 (2009)

Heft: 08

Artikel: Ist die allgemeine Wehrpflicht überholt?

Autor: Allemann, Evi / Schlüer, Ulrich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-348

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ist die allgemeine Wehrpflicht überholt?

Die Debatte um alternative Wehrmodelle soll sich an der Sicherheitslage ausrichten. Ist dabei aber die Wahrscheinlichkeit oder die Gefährlichkeit ausschlaggebend? Welchen Einfluss sollen politische, welchen wirtschaftliche Aspekte auf das Wehrmodell haben? Als Abschluss der dreiteiligen Serie zu titelgenannter Frage gibt nachfolgende Diskussion zwei klare Standpunkte wieder.

ac: Welche politischen Aspekte, wie die Zusammenarbeit Bund-Kantone oder Polizei-Militär, sind für das Wehrmodell der Schweiz am wichtigsten und wie beurteilen Sie diese?

Allemann: Zentral ist, dass man die Sicherheitsarchitektur der Schweiz gesamtheitlich betrachtet und klar ist, mit welchen Risiken man zu rechnen hat und wer in welcher Situation welche Aufgaben zu erfüllen hat. Heute werden polizeiliche Sicherheitsaufgaben zunehmend an die Armee delegiert, was mit falschen finanziellen Anreizen und teils massiven Unterbeständen bei der Polizei zusammenhängt. Die Armee hingegen hat zu hohe Bestände, die teuer sind und die beschäftigt werden müssen. Wenn wir über das Wehrmodell sprechen, spielen deshalb die Kantone eine wichtige Rolle. Diese rufen heute allerdings sehr rasch die Armee als stützende Kraft, da die Polizei oft zu wenig Kapazitäten hat. Wir müssen eine weitgehende Entflechtung der Aufgaben, aber auch der Finanzströme erreichen. In gewissen Situationen ist eine Kooperation sehr sinnvoll. Da muss die Zusammenarbeit klar geregelt sein. Die Rolle und das Zusammenspiel der Blaulichtorganisationen Polizei, Sanität und Feuerwehr sowie jene des Bevölkerungsschutzes mit der Armee müssen im Sicherheitspolitischen Bericht ebenfalls beleuchtet werden. Die Zusammenarbeit muss eng sein, trotzdem ist klar, dass die Armee kein kantonales Sicherheitsinstrument ist. Aber wenn Sie danach fragen, ob die Kantone einen speziellen Einfluss auf das konkrete Rekrutierungsmodell haben sollen, verneine ich dies. Das Rekrutierungsmodell muss ausgerichtet sein auf die Grösse und die Aufgaben des zu rekrutierenden Heers. Wie sich die Armee strukturiert, muss der Bund entscheiden, nicht die Kantone. Für diese sind die Schnittstellen wichtig, so dass die Zusammenarbeit reibungslos klappen kann.

Schlüer: Nicht genügend ist die rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Armee. Dieses Problem muss dringend gelöst werden.

«Die Milizarmee ist die richtige Antwort auf das, was wir heute brauchen.»

NR Ulrich Schlüer (SVP)

Bezüglich Polizei-Beständen: Diese sind klar Sache der Kantone. Sie haben dafür zu sorgen, dass sie zur Bewältigung der normalen Lage genügend Polizisten haben. Eine Bundespolizei wollen wir nicht.

Bezüglich ihrer Aufstellung muss die Armee auf eine Form zurückkommen, die der heutigen überlegen war: Die Armee muss wieder regional abgestützt werden. Die Zentralisierung in Bern war ein Fehler.

Ausserdem muss die Frage der subsidiären Dienste endlich angegangen werden. Dazu existiert bloss ein bürokratisches Modell: Es geschieht in einem Kanton ein schwerwiegendes Ereignis. Die Kantonsregierung tritt zusammen, berät, stellt dann ein Hilfegesuch an Bern. Dort berät man erneut: Wird dem Gesuch entsprochen? Wie? Dabei gibt es doch Fälle, wo eine Kantonsregierung mit einem Schlag ausser Gefecht ist. Dann ist niemand mehr da, der Gesuche schreibt. Was soll dann geschehen? Auf solche Fälle müssen wir uns endlich vorbereiten! Das ist Ernstfall. Das muss geübt werden. Die Trennung zwischen Kantonskompetenzen,

Die Nationalräte Ulrich Schlüer (SVP) und Evi Allemann (SP) im Streitgespräch (v.l.n.r.). Bild: Andreas Cantoni

die möglichst weitgehend die Sicherheit in allen Kantonen gewährleisten müssen, und dem Armee-Auftrag für ausserordentliche, nicht vorhersehbare, äusserst gefährliche Fälle muss endlich bestimmt werden.

Allemann: Nehmen wir etwa das Szenario des internationalen Terrorismus. Wenn wir davon betroffen sein sollten, wären es primär die polizeilichen Fähigkeiten, die zum Einsatz kommen. Genau dort müssen wir Strukturen schaffen, um ganz schnell, d.h. innert Stunden einsatzbereit zu sein. Dort müssen wir unbürokratisch und flexibel reagieren können ohne unsere rechtsstaatlichen Strukturen zu hintergehen. Deshalb ist es wichtig, dass wir diese Kompetenzfragen lösen. Da sind wir gleicher Meinung. Es darf nicht sein, dass die Finanzpolitik die Sicherheitsarchitektur der Schweiz definiert. Heute sind die Entscheide oft von der Finanzpolitik geleitet.

Schlüer: Die Finanzen sind entscheidend. Wir nehmen einerseits selbstverständlich zur Kenntnis, dass die Aufgaben, die der Staat zu lösen hat, von Jahr zu Jahr teurer werden. In allen Bereichen nehmen wir Kostensteigerungen in Kauf. Nur bei der Sicherheit nicht. Wenn wir die Forderung aufstellen, die Armee darf nicht von den Finanzen abhängig sein, sie wird in Grösse, Ausrüstung und Aufstellung vielmehr von der Bedrohungslage bestimmt, dann kommen wir nicht um die Feststellung herum, dass auch die Sicherheit teurer geworden ist. Ich bin froh, wenn das von der SP gleich gesehen wird.

Allemann: Damit meine ich nicht, dass wir der Armee mehr Geld zur Verfügung stellen müssen, sondern dass jene Milliarden, welche jährlich zur Armee fliessen, sinnvoller eingesetzt werden. Es ist in der heutigen politischen Landschaft unrealistisch und mit Blick auf die Bedrohungslage nicht zu rechtfertigen, mehr Geld zu sprechen. Wir haben es auf politischer Ebene versäumt, die Polizeibestände aufzustocken. Der Druck war lange nicht gross genug.

ac: Welche Aspekte sind bei Aussagen zur Wirtschaftlichkeit eines Wehrmodells am wichtigsten und wie beurteilen Sie diese?

Allemann: Ich habe grosses Verständnis für alle international tätigen Firmen, bei denen unser System nicht auf viel Freude stösst. Ich denke, es würde einiges erleichtern, wenn wir wegkommen von der allgemeinen Wehrpflicht. Kommt dazu: Ein WK-Modell mit hohem Durchdieneranteil würde es der Wirtschaft leichter machen, die Abwesenheiten einzuplanen und zu akzeptieren.

Schlüer: Das Durchdienermodell ist das unwirtschaftlichste System, das es gibt. Niemand bildet 11 Monate lang Leute aus und sagt dann, wenn diese bestens ausgebildet sind: Ihr könnt jetzt gehen, wir brauchen euch nicht mehr.

«Es darf nicht sein, dass die Finanzpolitik die Sicherheitsarchitektur der Schweiz definiert.»

NR Evi Allemann (SP)

Auch in der Wirtschaft ist das Sicherheitsbewusstsein geschärft worden. Es kam weltweit zu Vorfällen, die wirtschaftlichen Unternehmen vor Augen führten, wie wichtig es ist, ob in einem Staat die Sicherheit garantiert ist oder nicht. Das könnte in den kommenden Jahren noch akuter werden. Insofern ist der Wirtschaft in Erinnerung zu rufen: Sicherheit kostet auch etwas!

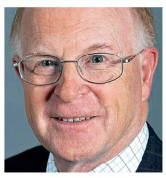
ac: ***Welche Überlegungen müssten im Hinblick auf die allgemeine Wehrpflicht in den nächsten sicherheitspolitische Bericht einfliessen?***

Allemann: Ich erwarte Aussagen über die Bedrohungslage und über die wahrscheinlichsten Risiken. Gestützt darauf können wir die Sicherheitsarchitektur der Schweiz aufbauen. Der Bericht muss wissenschaftlich fundiert und darf nicht ideologisch gefärbt sein. Ich erhoffe mir eine gute Grundlage, die auch eine sachliche Diskussion über unser künftiges Rekrutierungssystem zulässt ohne dieses bereits vorwegzunehmen.

Schlüer: Unsere Armee stützt sich auf eine leistungsfähige, tüchtige, gut ausgebildete Miliz – oder wir haben keine Armee. Wir wissen nicht im Entferntesten, was in nächster Zukunft auf uns zukommt. Das ist das Gefährliche an der heutigen Situation. Es kann in einem halben Jahr etwas eintreten, mit dem niemand je gerechnet hat. Wir erleben jetzt die vielgelobte Kooperation der Staaten. In der Finanzkrise ist deren wahres Gesicht sichtbar geworden: Jeder Staat schaut zuerst einmal für sich selbst, wenn Schwerwiegendes eintritt. Dabei sind sogar feindselige Absichten zum Vorschein gekommen. Ein Nachbar sagte uns, früher hätte man die Armee zu uns geschickt. Mit solch aggressivem Denken müssen wir uns auch befassen. Heute ist es die erste Aufgabe von Bundesrat und Parlament, eine Armee zu unterhalten und auszurüsten, die für den Notfall landesverteidigungstauglich ist. Eine zu kleine, eine falsch ausgerüstete, falsch ausgerichtete Armee wird vor solcher Herausforderung versagen. Die Milizarmee ist die richtige Antwort auf das, was wir heute brauchen. ■

Dieser Beitrag bildet den Abschluss der dreiteiligen Serie zur Frage «Ist die allgemeine Wehrpflicht überholt?». Den entstandenen Dialog zwischen den Autoren, der Redaktion sowie den Lesern war ausgesprochen interessant und wir bedanken uns zum Voraus für weitere konstruktive Auseinandersetzungen zu neuen Streitfragen.
In der nächsten Serie werden Nationalrat Geri Müller und Herr Jean-Philippe Kohl, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik von der Swissmem ihre Klingen zur Frage «Braucht die Schweiz eine Rüstungsindustrie?» kreuzen. In der Ausgabe 9/2009 der ASMZ wird Dr. Kohl seine Argumente darlegen und NR Müller wird in der Ausgabe 10/2009 seine Replik publizieren. Das gemeinsam geführte Streitgespräch wird in der Ausgabe 10/2009 veröffentlicht. *ac*

Evi Allemann
Nationalrätin SP
lic. iur
3013 Bern



Ulrich Schlüer
Nationalrat SVP
8416 Flaach ZH